

Aufgabe im Fokus

Interview mit Eberhard Sinner, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, über die bayerische E-Government-Initiative, die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie und das gemeinsame Verwaltungsportal von Freistaat und Kommunen.

Herr Staatsminister Sinner, der Freistaat Bayern will Ende des Jahres ein einheitliches E-Government-Portal von Staat und Kommunen starten. Was sind die Gründe für den Aufbau einer gemeinsamen Internet-Plattform?

Die bayerische E-Government-Initiative entwickelt sich mit zunehmendem Tempo. Immer mehr Dienste und Verfahren werden umgesetzt und miteinander verknüpft. Noch in diesem Jahr werden wir den Weg zu einer transaktionsorientierten E-Government-Umgebung eröffnen und damit entscheidende Weichen für eine neue Qualität der Online-Dienste stellen. Mit der Schaffung einer grundlegenden Infrastruktur werden wir die aus Nutzersicht zusammengehörenden Leistungen der Verwaltung über Ressort- und

Zur Person

Staatsminister Eberhard Sinner ist seit November 2005 Leiter der Bayerischen Staatskanzlei. Der gebürtige Franke war viele Jahre Stadtrat in Lohr am Main und ist seit 1978 Kreisrat im Landkreis Main-Spessart. Bevor Sinner zum Leiter der Staatskanzlei ernannt wurde, war der Diplomforstwirt Staatsminister für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen.

Verwaltungsgrenzen hinweg, elektronisch und medienbruchfrei im Internet den Unternehmen und Bürgern zur Verfügung stellen. Kurz: Dienstleistungen sollen zukünftig verknüpft und leichter zugänglich gemacht werden.

Wie beurteilen Sie dabei die EU-Dienstleistungsrichtlinie?

Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie spielt eine wichtige Rolle in unserem E-Government-Portal. Unser Behördenwegweiser als zentrale Auskunftsdatenbank ist schon heute ein erfolgreiches Beispiel für eine übersichtliche Präsentation nützlicher Informationen. Wir werden künftig auch Verwaltungslagen im Behördenwegweiser abbilden und damit viele Verwaltungsanfragen noch besser gliedern und kategorisieren. Natürlich erfordert dies eine hohe Aktualität der hinterlegten Informationen und auch einen entsprechenden Pflegeaufwand. Die Informationen werden aber durch die Kategorisierung viel leichter auffindbar als über klassische Suchmaschinen. Die neue, in Bayern eingesetzte Suchmaschine kategorisiert die Ergebnisse automatisch in verschiedenste Lebenslagen.

Auch in anderen Ländern existieren solche Portale. Wie unterscheidet sich der

Ansatz Bayerns davon?

Wir gehen mit dem Aufbau einer Serviceorientierten Architektur neue Wege. Diese Technologie hilft uns, auf Veränderungen rasch zu reagieren. Für sich genommen selbstständige Fachverfahren werden zu einem Verwaltungsprozess zusammengesteckt und können auch leichter, etwa an neue Rechtsgrundlagen, angepasst werden. Wir setzen also auf flexible Strukturen, die im Übrigen auch die Integration der verschiedenen hierarchischen Ebenen erleichtern wird.

Welche Technologien sollen zum Einsatz kommen?

Unsere IuK-Landesstrategie sieht eine ganzheitliche, dienstzentrierte IuK-Architektur vor, die auf einer konsequenten IT-Standardisierung aufbaut, eine elektronische Vorgangsbearbeitung unterstützt und so eine wirtschaftliche Umsetzung der E-Government-Initiative der Bayerischen Staatsregierung ermöglicht. Einer der wichtigsten Punkte wird die Integration der verschiedenen E-Government-Dienstleistungen



Eberhard Sinner

in unser neues Portal sein. Wir wollen mit einem service-orientierten Architekturmodell erreichen, dass bereits vorhandene, aber auch neue Fachverfahren deutlich einfacher untereinander und mit fachübergreifenden Komponenten verknüpft werden können. Denken Sie beispielsweise an E-Payment. Anstatt für jede einzelne Dienstleistung ein elektronisches Bezahlverfahren zu entwickeln und in die jeweilige Verwaltungsleistung zu integrieren, wird ein einziges E-Payment-Verfahren aufgebaut, auf das alle Fachanwendungen bei Bedarf zurückgreifen können.

denwegweisers, zeigt, dass unser Internet-Angebot angenommen wird und weiter ausgebaut werden muss. Ziel unserer Strategie ist es deshalb, die Verwaltungsprozesse zu vereinfachen und für Bürger und Unternehmer transparenter zu machen. Die Nutzer sollen sich nicht an die Verwaltung, sondern die Verwaltung soll sich an die Nutzer anpassen. Mithilfe der Geschäftsprozessanalyse wollen wir so den Ablauf von Verwaltungsdienstleistungen optimieren und für E-Government zugänglich machen. Der Bürger oder die Unternehmer werden durch den Verwaltungs-

lung der gültigen Rechtsnormen darstellt. Darüber hinaus wird es in den nächsten Jahren durch das Portal zu Vereinfachungen von Verwaltungsprozessen kommen, die unmittelbar auch für die Kommunen Erleichterungen bringen werden. Denn bevor Verwaltungsverfahren in Online-Verfahren umgesetzt und in das Portal integriert werden, müssen diese durch eine Analyse auf das Optimierungspotenzial hin untersucht werden. Wir fragen also, ob das Verfahren so kompliziert sein muss oder das nicht auch einfacher gestaltet werden kann? Bürger und Unternehmen profitieren hiervon durch noch schnellere Bearbeitungszeiten. Ein umfassendes Angebot an Online-Verwaltungsdienstleistungen trägt zur Sicherung der bayerischen Standortvorteile bei und kommt damit auch den Kommunen zugute.

„Eine finanzielle Beteiligung der Kommunen ist noch nicht erforderlich.“

Sie suchen das Gespräch mit den Unternehmen. Wie wird die Wirtschaft eingebunden?

E-Government umfasst einen sehr weitreichenden Themenbereich. Um die Interessen der Unternehmen an E-Government auszuloten, haben wir einen Dialog mit Vertretern der Wirtschaft, insbesondere der IHK für München und Oberbayern sowie dem Bayerischen Unternehmensverband Metall und Elektro ins Leben gerufen. Wir stehen also in engem Kontakt und binden die Wirtschaftsvertreter auch in die Sitzungen mit den kommunalen Spitzenverbänden ein.

Welche Rolle spielen Bürgerservices und Bürgerbeteiligung?

Wir wollen einen noch besseren Online-Service für Bürger und Wirtschaft bieten. Die intensive Nutzung der bereits vorhandenen Online-Dienste, etwa des Behör-

prozess geführt. Es ist dann für den Außenstehenden nicht mehr notwendig zu wissen, welche Genehmigungen von welchen Ämtern für eine bestimmte Tätigkeit erforderlich sind. Die Aufgabe steht im Mittelpunkt, nicht der Weg. Die prozessorientierte Umsetzung in E-Government-Verfahren trägt dafür Sorge, dass die notwendigen Schritte in der richtigen Reihenfolge und möglichst medienbruchfrei online vollzogen werden können.

Wie werden die Kommunen motiviert, sich am Portal zu beteiligen?

Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen und den Kommunen dadurch zeigen, wie sich die Staatsregierung eine E-Government-Plattform vorstellt. Hierzu haben wir so genannte Basiskomponenten entwickelt, die auch von der kommunalen Familie genutzt werden können. Hier ist die Datenbank Bayern-Recht zu nennen, die eine komplette Samm-

Wie sieht die Finanzierung aus, welchen Beitrag müssen die Kommunen leisten?

Die Staatsregierung finanziert das E-Government-Portal vor allem aus Haushaltsmitteln, die aus dem Investitionsprogramm Zukunft Bayern stammen. Eine finanzielle Beteiligung der Kommunen ist in einem ersten Schritt noch nicht erforderlich. Für die im Portal integrierte Suchmaschine beispielsweise haben wir Vertragskonditionen, die eine kostenfreie Nutzung durch die Kommunen erlauben.

Interview: Alexander Schaeff

Link-Tipp

Detaillierte Informationen zur E-Government-Initiative der Bayerischen Staatsregierung unter:

• www.bayern.de

Den Deep Link finden Sie unter www.kommune21.de.